

## Tagesordnung

1. Mitteilungen
2. Senioren-Betreuung Feldkirch Gesellschaft mbH (SBF); Tätigkeitsbericht - Jahresabschluss
3. Umbesetzung von Ausschüssen
4. Gemeindeimmobiliengesellschaft – Grundsatzbeschluss zur Ausgliederung und Übertragung von Aufgaben
5. Umwidmungen
6. Änderung der Verordnung einer Bausperre für das Fundgebiet „Clunia“ in Altstadt
7. Ansuchen um Erlassung eines Landesraumplanes
8. Resolution Ökostrom-Novelle 2006 – Absage zur Kernenergie
9. Abschluss eines Standortmietvertrages
10. Grundstücksangelegenheiten
11. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung der Stadtvertretung vom 14. März 2006

Bürgermeister Mag. Berchtold eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der Vorsitzende berichtet, dass der Tagesordnungspunkt 8 „Ansuchen um Erlassung eines Landesraumplanes“ abgesetzt ist. Er glaube, dass es im Sinne der Diskussion im Rahmen der Klausur am vergangenen Wochenende sei, mit der Nachbargemeinde Rankweil, im konkreten Fall im Zusammenhang mit der Ausweisung von Betriebsstandorten, ernsthafte Gespräche zu führen. Gerade die Ansiedlung eines Betriebes wie es das Möbelhaus Lutz sei, könne für die Stadt Feldkirch als Beispiel genommen werden, ein Zeichen zu setzen. Auch im Sinne der Diskussion Vision Rheintal erscheine ihm die Möglichkeit zur Kooperation zu verschiedenen Sachthemen und die Notwendigkeit des Austausches von Informationen mit der Nachbargemeinde, die unmittelbar an das Betriebs- und Gewerbegebiet der Stadt Feldkirch angrenze, im Interesse einer sachlichen Abhandlung gegeben.

STR DI Schwarz erklärt, er könne diesen Entschluss der Stadt Feldkirch, Signale für eine interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, nur unterstützen.

Gegen die abgeänderte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

## 1. Mitteilungen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt folgendes zur Kenntnis:

- a) Stelle für Gemeinwesen – Beantwortung der Anfrage gemäß § 38 Gemeindegesetz von Frau STV DSA Ulrike Furtenbach (Schreiben vom 4.5.2006)

STV Furtenbach stellt fest, die Beantwortung habe in einigen Punkten Licht ins Dunkel gebracht. Aus dieser Beantwortung gehe hervor, dass Sozialarbeit in der Stadt Feldkirch durch Verwaltungsmanagement ersetzt werde. Sie verweise auf Punkt 5. der Beantwortung, dass Gemeinwesenarbeit ein anerkanntes Arbeitsprinzip der Sozialarbeit sei. Sozialarbeit sei grundlegend etwas anderes als Verwaltungsmanagement. Um den Vergleich Äpfel mit Birnen zu strapazieren – Verwaltungsmanagement sei nicht Sozialarbeit. Feldkirch Blüht sei davon überzeugt, dass dadurch eine grundlegende Änderung in der Soziallandschaft und auch in der Sozialpolitik in Feldkirch vorgenommen werde. Es sei an der Zeit, eine klare Aussage zu treffen und zu sagen, dass Verwaltungsmanagement gewollt sei. Auch das Prinzip der schlanken Verwaltung komme anscheinend nicht zum Tragen, bei zwei zusätzliche Stellen. Welche gesellschaftlichen Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit dafür verantwortlich zeichnen, dass eine neue Organisationseinheit zu entwickeln sei, bleibe für ihre Fraktion weiterhin im Dunkeln. Viel aussagekräftiger seien aber Maßnahmen die eigentlich immer schon gesetzt worden seien und wieder gesetzt würden. Man erinnere sich an die Budgetkürzung, über die nur ein kleiner, auserwählter Kreis informiert gewesen sei, die Betroffenen jedoch nicht. Und dies, obwohl in der Beantwortung wieder von einvernehmlicher Änderung des Vertrages gesprochen werde. In Gesprächen werde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Beteiligten einbezogen worden seien und würden. Nunmehr habe man wieder Maßnahmen gesetzt, die dieses Bild auf das Schärfste widerlegen. Einer Mitarbeiterin der Stelle für Gemeinwesenarbeit sei bereits gekündigt worden. Die beschriebenen Maßnahmen würden bei ihrer Fraktion nicht nur einen bitteren Nachgeschmack, sondern einen bitteren Geschmack hinterlassen. Feldkirch Blüht gehe davon aus, dass das Pferd von hinten aufgezäumt worden sei im Sinne, zuerst Maßnahmen, dann Konzepte oder Planungen, wobei die Gangart des Pferdes schon recht klar gewesen sei. Diese Vorgangsweise hätten weder die MitarbeiterInnen der Stelle für Gemeinwesenarbeit verdient, noch eine Stelle, die 26 Jahre im Auftrag der Stadt Feldkirch gute Arbeit geleistet habe.

STR Dr. Schöbi-Fink erklärt, der Anfragebeantwortung sei nicht zu entnehmen, dass die Sozialarbeit in Feldkirch keinen ordentlichen Stellenwert mehr habe. Sie bitte abzuwarten, bis über das gemeinsame Konzept mit dem Institut für Sozialdienste im Sozialausschuss beraten worden sei. Über die Kündigung einer Mitarbeiterin sei sie nicht informiert, vielleicht habe es auch andere Gründe dafür gegeben.

Bürgermeister Mag. Berchtold meint, dass es einem guten Sozialmanagement nicht schade, wenn es auch durch ein qualifiziertes Verwaltungsmanagement ergänzt werde. Und nichts anderes sei geplant.

- b) Bericht über die Auflösung der Investmentfonds, welche als Tilgungsträgeraufbau zum Darlehen „Haus Nofels“ dienten.

Bürgermeister Mag. Berchtold dankt den Verantwortlichen, insbesondere der Stadtkämmerei unter der Leitung von Dr. Willi Bröll und dem zuständigen STR Wolfgang Matt und gratuliert zu diesem Ergebnis, das zu 100% den städtischen Finanzen zugute kommt.

2. Senioren-Betreuung Feldkirch Gesellschaft mbH (SBF); Tätigkeitsbericht – Jahresabschluss 2005

STR Dr. Schöbi-Fink bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtvertretung nimmt den Tätigkeitsbericht und den Jahresabschluss 2005 der Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH zur Kenntnis.**

STR Dr. Schöbi-Fink dankt der Geschäftsführung und allen MitarbeiterInnen, die zu diesem sehr positiven Abschluss beigetragen haben.

Bürgermeister Mag. Berchtold spricht seinen Dank der zuständigen Referentin, Frau STR Dr. Schöbi-Fink sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere auch der Geschäftsführung für die Tätigkeit, die letztlich hauptverantwortlich sei für ein betriebswirtschaftlich positives Ergebnis, aus.

3. Umbesetzung von Ausschüssen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt die vorliegenden Anträge zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

Kinder- und Schulausschuss

**Bisher**  
**Ingrid Nöckl**  
**Alexandra Prechtel**

**Neu**  
**Harald Schweigkofler**  
**Dr. Karlheinz Albrecht**

Sportausschuss

**Bisher**  
**Manfred Dorn**  
**Ing. Daniel Dingler**  
**Siegfried Allgäuer**

**Neu**  
**Ing. Daniel Dingler**  
**Siegfried Allgäuer**  
**Philipp Geiger**

4. Gemeindeimmobiliengesellschaft – Grundsatzbeschluss zur Ausgliederung und Übertragung von Aufgaben

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss

**Künftige Generalsanierungen bzw. der Neubau von Gebäuden der Feuerwehren und von Schulen haben, wie in den letzten Jahren praktiziert, durch die Ausgliederung bzw. Übertragung von diesen Aufgaben an die GIG zu erfolgen. Dies unter dem Vorbehalt der gegebenen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.**

5. Umwidmungen

STR DI Brüstle-Zangerl bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Feldkirch widmet Teilflächen der GST-Nrn 323/1 und .199, KG Tisis von Freifläche-Landwirtschaftsgebiet in Baufläche-Wohngebiet in der Weise, dass entlang des Feldweges ein 25 m breiter Streifen mit der Widmung Baufläche-Wohngebiet entsteht.**

6. Änderung der Verordnung einer Bausperre für das Fundgebiet „Clunia“ in Altstadt

STR DI Brüstle-Zangerl bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Verordnung**

**die Verordnung der STV vom 14.03.2006 betreffend die Erlassung einer Bausperre für das Fundgebiet „Clunia“ in Altstadt wird geändert und hat zu lauten wie folgt:**

**Verordnung der Stadtvertretung Feldkirch vom 16.05.2006 über die Erlassung einer Bausperre für das Fundgebiet „Clunia“ in Altstadt:**

**Auf Grund des § 25 Abs 1 Raumplanungsgesetz - RPG, LGBl Nr 39/1996 idgF, wird verordnet:**

**§1**

**Für das Fundgebiet „Clunia“ wird eine Bausperre erlassen. Betroffen sind die GST-NR 1031, 1032, 1033/1, 1033/2, 1034, 1035, 1036, 1045, 1046, 1047, 1048, 1050, 1053, 1055, 1058 und 1060/2 sowie Teilflächen der GST-NR 984/2, 1024, 1025 und 1044, alle KG Altstadt. Der Plan „Clunia Variante 2 – Vorschlag 09.02.06“ der Stadt Feldkirch, Abt. Stadtplanung, vom 09.02.2006, aus dem alle betroffenen Grundstücke bzw Grundstücksteile ersichtlich sind, ist integrierender Bestandteil dieser Verordnung.**

**§2**

**Die derzeit im Fundgebiet „Clunia“ bestehenden Widmungen sind Betriebsgebiet Kat. I (nur GST-NR 1060/2), Betriebsgebiet – Erwartungsfläche und Baufläche – Mischgebiet. Die Erlassung einer Bausperre ist zur geplanten Änderung des Flächenwidmungsplanes notwendig und hat den Zweck, eine künftige Nutzung des Gebietes, die der geplanten neuen Widmung Freifläche – Sondergebiet „Bodenfunde Clunia“ zuwiderläuft, zu verhindern.**

**§3**

**Ausgenommen von der Bausperre sind Bauvorhaben, die im Zusammenhang mit den Ausgrabungen bzw Untersuchungen des Bundesdenkmalamtes stehen.**

**§ 4**

**Diese Verordnung tritt mit dem auf ihre Kundmachung folgenden Tag in Kraft.**

7. Ansuchen um Erlassung eines Landesraumplanes

Dieser Tagesordnungspunkt ist abgesetzt.

8. Resolution Ökostrom-Novelle 2006 – Absage zur Kernenergie

STR DI Schwarz bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Keckeis erklärt, in diesem Antrag seien mehrere Dinge miteinander vermischt. Einmal die Ökostrom-Gesetznovelle, dann das Anti-Atom-Bekenntnis und schlussendlich die Frage der Propagierung an den Schulen. Das Ökostromgesetz pauschal abzulehnen, ein Gesetz mit 37 Seiten und einer, wie man inzwischen weiß, seit Monaten heftig tobenden Auseinandersetzung zwischen Fachleuten, lehne seine Fraktion ab. Er schlage vor, diesen Antrag dem Umweltausschuss zuzuweisen. Es bestehe die Möglichkeit Experten beizuziehen, um sich dieses Ökostromgesetz erklären zu lassen, das sicher auch „gute Sachen“ beinhalte.

STVE Dr. Baumgartner meint, es seien im Grunde drei unterschiedliche Themen, welche aber alle das Thema Energie beinhalten würden. Man könne es sich leicht machen und sagen, alle seien gegen Kernenergie und für Solarenergie. So einfach sei es aber nicht. Bezüglich Kernenergie gebe Österreich durch den Zuschuss der Forschungsgelder an die EU im Rahmenprogramm in den nächsten Jahren 123 Mio Euro aus. Dies sei in Bezug zu den 17 Mio Euro Förderung für erneuerbare Energie aus dem Ökostromgesetz, wenn man dies auf 4 Jahre umlege, etwas 3 Mal so viel für die EU-Kernforschung. Die Kosten der Fusion seien noch gar nicht mitgerechnet. Auch nicht die eigenen Kosten der Forschung in Kernenergie in Österreich, wobei dies Thema des Bundes sei. Vorarlberg habe sich aber immer positiv in Bezug zur erneuerbaren Energie geäußert, warum also nicht auch die Stadt Feldkirch. Dies sei die Grundüberlegung gewesen. Auch beim Thema Solarenergie könne einfach gesagt werden, man sei gegen Kernenergie. Aber das ganze sei natürlich ein Lippenbekenntnis, wenn Gesetze

nicht aktiv würden und nicht selbst Geld in die Hand genommen werde. Wobei Geld in die Hand nehmen durchaus symbolisch gemeint sei. Vorstellbar sei auch, um ein Zeichen zu setzen, nur eine Solaranlage an einer Schule. Die drei Themen in diesem Antrag könne man nicht scheinchenweise zerlegen. Jeder von uns beziehe mehr als 10% Atomstrom, was auf der Stromrechnung nachzulesen sei. Man habe versucht die Verantwortung lokal wahrzunehmen und er denke, dass dies durchaus diskussionswürdig sei.

STV Reisch betont, auch ihre Fraktion finde dieses Thema interessant und diskussionswürdig, glaube aber auch, dass diese Fülle von Fragen im Umweltausschuss behandelt werden müssten. Man sehe auch, dass im Team e-5 diese Fragen ganz besonders intensiv besprochen würden. Dass hier ein Prozess stattfindet, der im Bereich Energieeffizienz sicher gute Ergebnisse für Feldkirch bringen werde. Außerdem verweise sie auch auf die Tagung vergangenes Wochenende, bei der auch über Umweltleitlinien diskutiert worden sei. Sie schlage ebenfalls die Zuweisung in den Umweltausschuss vor, um anschließend die Ergebnisse in der Stadtvertretung zu diskutieren.

STR Keckeis meint, auch seine Fraktion wolle, dass dieses Thema sachlich bearbeitet werde. Gerade der Bereich Ökostromgesetznovelle sei eine sehr diffizile Materie. Diese Novelle bringe in einigen Bereichen Verschlechterungen, es gebe aber auch deutliche Verbesserungen, wie zB im Bereich der Kraftwerkskoppelung oder der kleinen und mittleren Wasserkraftwerke, die nunmehr Investitionsförderung erhalten würden. Deshalb sei es nicht sinnvoll pauschal abzustimmen. STVE Dr. Baumgartner habe im Verwaltungsrat der Stadtwerke zum Thema Fotovoltaik einen sehr interessanten Vortrag gehalten. Auf Stadtwerkeebene prüfe man die Errichtung einer Pilotanlage. Bereits im Jahre 2001 habe die Fraktion Feldkirch Blüht einen ähnlichen Antrag gestellt. Damals habe man sich einvernehmlich darauf geeinigt, diesen im Ausschuss für erneuerbare Energie zu behandeln. Er schlage vor, diesen Antrag an den Umweltausschuss zu verweisen, um die Thematik sachlich zu diskutieren.

STR DI Schwarz erwidert, er sehe keine Vermischung, sondern einen engen Zusammenhang zur Förderung erneuerbarer Energie. Klare Prioritäten für erneuerbare Energie und sich Loslösen von fossilen Brennstoffen und Atomkraftwerken. Eine Verbindung auf lokaler Ebene für Schüler und Schülerinnen – eine Art Tschernobyl-Gedenken – zu erstellen und dies zur Diskussion zu bringen, erachte er als sehrwohl sinnvoll und richtig. Viele SchülerInnen könnten sich keine Bilder davon machen und eine Wiederholung dieses Unglücks wäre katastrophal. Gerade aufgrund der Information, dass man vielleicht auch künftig auf Atomenergie setze, finde er diese Resolution an den Nationalrat sinnvoll und sollte auch hier beschlossen werden.

Bürgermeister Mag. Berchtold stellt fest, es gehe nicht um die Deklaration gegenüber dem Nationalrat, sondern um ein klares Bekenntnis zu Maßnahmen, die in der Region vor Ort getroffen würden. Dies bedürfe aber einer tiefgründigeren Behandlung, so wie es STR Keckeis zum Ausdruck gebracht habe.

STVE Dr. Baumgartner bringt in Erinnerung, dass im Jahre 2001 schon einmal ein ähnlicher Antrag gestellt worden sei. Seine Fraktion befürchte, dass die Thematik wiederum in den Ausschüssen verzögert werde. Es zeichne sich ab, dass man dies von der

Stadtvertretung wiederum in Ausschüsse abschiebe. In diesem Falle müsse man realistische Ziele und Fristen setzen und zügig agieren. Die Resolution gegen das Ökostromgesetz erübrige sich dann, da dieses Gesetz bereits Ende Monat beschlossen werde.

STV Ing. Allgäuer erklärt, er unterstütze den Vorschlag, den Antrag im Umweltausschuss zu behandeln. Er sei grundsätzlich der Meinung, dass Ökoenergie als Alternativenergie Zukunft habe. Er habe sich auch die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl vor Ort anschauen können. Gebiete von der Größe Vorarlbergs – die sogenannten Todesgebiete – seien nicht mehr bewohnbar. Auch das menschliche Leid sei unermesslich. Resolutionen seien reine Absichtserklärungen, der Sache zwar dienlich, würden aber normalerweise sehr wenig bewirken. Ihm sei eine Behandlung anhand von Zahlen und Fakten lieber.

Ein Umstand der ihn besonders beschäftige sei der, und dies sei auf der Stromrechnung ausgewiesen, dass ca. 12% der Energie in diesem Strommix Atomenergie sei. Man wisse als Stromverbraucher bzw. Konsument, dass man darauf fast oder gar keinen Einfluss habe dies abzustellen, außer man wechsele den Stromanbieter. Auch dieses Thema soll im Umweltausschuss mitbehandelt werden. Nämlich, was es für die Stadtwerke Feldkirch als örtlichen Stromanbieter oder für die Stromkonsumenten für finanzielle Auswirkungen hätte, wenn auf diese 12% Atomstrom verzichtet würde. Ob es technisch überhaupt möglich sei auf Atomstrom zu verzichten. Ihm seien in Österreich Bundesländer bekannt, die komplett atomstromfrei seien. Man müsse ganz ehrlich sagen, wer Atomstrom kaufe, unterstütze indirekt doch ein Stückweit auch Atomenergie. Alternativenergie sei zu forcieren. Die Stadt Feldkirch habe sehr erfolgreiche Projekte im Bereich Wasserkraft aber auch Biogasenergie. Die geplante Ökostromnovelle gehe seines Erachtens in die falsche Richtung. Das Bekenntnis zur Antiatompolitik sei in Ordnung und könne sicher von den meisten mitgetragen werden.

Vizebürgermeisterin Burtscher meint zur Bemerkung „man müsse Zeichen setzen“ oder „Geld in die Hand nehmen“, dass man mit dem Bau des Kraftwerks Hochwuhren ein sehr deutliches Zeichen für erneuerbare Energie und gegen Atomstrom gesetzt habe. Dabei sei auch sehr viel Geld in die Hand genommen worden. Bezüglich der Befürchtung von Feldkirch Blüth, dass es in den Ausschüssen zu Verzögerungen komme, weise sie darauf hin, dass der Umweltausschuss in der Hand von Feldkirch Blüth liege.

STR DI Schwarz stellt fest, dass in seinen Augen solche Resolutionstexte nicht in einen Ausschuss gehören. Zudem stimme der Nationalrat Ende Mai bereits über das Gesetz ab. Die Zukunftsrichtung bedeute erneuerbare Energie und Energie einsparen. Einsparung nicht nur in Form eines Standbybetriebes, sondern Änderung der Lebensweise.

Bürgermeister Mag. Berchtold schlägt vor, den Antrag zu überarbeiten und dort zu behandeln wo er nach dem Gemeindegesetz hingehöre, nämlich in den Stadtrat. Der Stadtrat werde vor Ende Mai noch eine Sitzung abhalten und dort könne zum Thema Ökostromgesetz isoliert diese Resolution behandelt werden. Er mache ausdrücklich darauf aufmerksam, dass in dieser Wortmeldung der Hinweis enthalten sei, dass Resolutionen im Stadtrat behandelt gehören.

Ein weiteres deutliches Zeichen werde am kommenden Samstag mit der offiziellen Inbetriebnahme der Hackschnitzzellagerhalle gesetzt. Bei der Gelegenheit lade er die Mitglieder der Stadtvertretung ein, sich aus diesem Anlass, der im Rahmen eines offi-

ziellen Aktes um 11.00 Uhr stattfindet, aber auch als Tag der offenen Tür die Möglichkeit bietet, ein Bild rund um den Forstbetrieb der Stadt Feldkirch zu machen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird an den Umweltausschuss verwiesen. Davon ausgenommen ist die Resolution Ökostrom-Novelle 2006, welche bei der nächsten Sitzung des Stadtrates in Form einer gemeinsam ausgearbeiteten Resolution behandelt wird.**

9. Abschluss eines Standortmietvertrages

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Feldkirch schließt mit dem Mobilnetzbetreiber**

**Hutchison 3G Austria GmbH, Guglgasse 12/10/3, 1110 Wien**

**zur Errichtung einer weiteren Funkübertragungsstation im Katzenturm und der Vermietung der dazu erforderlichen Flächen einen Standortmietvertrag auf unbestimmte Zeit, mindestens jedoch auf die Dauer von 10 Jahren, zum jährlich wertgesicherten Mietzins in der Höhe von € 3.633,64 netto sowie zu den übrigen im Antrag genannten Bedingungen ab.**

10. Grundstücksangelegenheiten

STR Matt bringt die vorliegenden Anträge zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

**a) Die Stadt Feldkirch verkauft an Böhler & Sohn Gesellschaft mbH, Wässerfeld 5, 6800 Feldkirch-Gisingen, das GST-NR 2399 mit 1.256 m<sup>2</sup> vorkommend in EZ 963 Grundbuch 92102 Altenstadt zum Pauschalpreis von € 100.000,-- sowie zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.**

**Böhler & Sohn Gesellschaft mbH räumt der Stadt Feldkirch das grundbücherlich sicherzustellende Vorkaufsrecht an der kaufgegenständlichen Liegenschaft ein und die Stadt Feldkirch nimmt dieses Recht an.**

**Die Stadt Feldkirch behält sich im Sinne des § 1068 ABGB ausdrücklich das Recht vor, die kaufgegenständliche Liegenschaft wieder zurück zu kaufen, wenn die Käuferin nicht innerhalb von 2 Jahren (ab Beschluss der Stadtvertretung) ein Betriebsgebäude auf der kaufgegenständlichen Liegenschaft errichtet hat. Böhler & Sohn Gesellschaft**



**mbH erklärt sich ausdrücklich mit diesem Vorbehalt des Wiederkaufsrechtes einverstanden und willigt ausdrücklich in die Einverleibung dieses Wiederkaufsrechtes auf der entsprechenden Grundbuchseinlage ein, dies auch über einseitiges Einschreiten der Stadt Feldkirch.**

- b) Michaela Bencek, wohnhaft in 6812 Meiningen, Oberdorf 10, überlässt und übergibt eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 45 m<sup>2</sup> aus GST-NR 4924/2 und die Stadt Feldkirch übernimmt diese Teilfläche in ihr Eigentum zur Einbeziehung in das GST-NR 5154/2 (Gemeindestraße Haldenweg).**

**Die Stadt Feldkirch überlässt und übergibt im Tauschwege eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 45 m<sup>2</sup> aus GST-NR 4924/1 und Michaela Bencek übernimmt diese Teilfläche in ihr Eigentum zur Einbeziehung in das GST-NR 4924/2**

**Der Tausch erfolgt wert- und flächengleich. Die Endvermessung erfolgt im Rahmen der Endvermessung „Bahnhofumbau“ durch die ÖBB – Infrastrukturbau AG bzw. durch einen von ihr beauftragten Zivilingenieur für Vermessungswesen. Die Verbücherung hat die Stadt Feldkirch vorzunehmen. Sonstige Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, insbesondere die Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten des jeweiligen Erwerbers.**

**Im Zuge der Endvermessung Haldenweg werden verschiedene Teilflächen aus GST-NR 4917/9 KG Feldkirch (Eigentümerin Stadt Feldkirch) der Gemeindestraße GST-NR 5154/2 zu- bzw. abgeschrieben. Das genaue Ausmaß ergibt sich durch die Endvermessung. Der Grundbuchsstand soll der neuen Lage des Haldenweges entsprechen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag c) zur Kenntnis.

STV Dr. Diem meint, es sei vielleicht etwas verwunderlich, dass er als Mitglied des Planungsausschusses jetzt noch Fragen stelle, wobei sich manche Dinge erst in einer genaueren Diskussion ergeben würden. Vorausschicken wolle er nochmals, wie es zu diesem Standort gekommen sei. Es habe verschiedene Standorte gegeben und der nunmehrige Standort sei ausgewählt worden mit dem Hinweis, dass eine mögliche Zusammenlegung von verschiedenen Feuerwehren vom Stadtbereich Feldkirch, speziell von Tisis, evtl. später auch von Tosters, möglich sei. Ihn interessiere, ob dies im Raumprogramm so berücksichtigt worden sei. Eine weitere Frage sei, wieso die jetzige Situierung (Verschiebung des Gebäudes) nicht schon bei der Planung berücksichtigt worden sei.

STR DI Schwarz stellt fest, dass mit dieser Überbauung das Reichenfeld nicht aufgewertet werde. Wenn dies in der Form umgesetzt werde, müsse ein weiterer Streifen begrünt oder bebaut werden, damit eine entsprechende Abgrenzung entstehe. Er sehe die Linie aus Sicht des Reichenfeldes wesentlich wichtiger als aus städtebaulicher, da

dies nur von oben eingesehen werden könne. Dieser Antrag werde von Seiten Feldkirch Blüht nicht unterstützt.

STR Matt erklärt, dass die etwaige Zusammenlegung von Feuerwehren im Raumprogramm berücksichtigt worden sei, derzeit die Stadt Feldkirch aber auch in dieses Haus integriert werde. Dies lasse dem Baukörper jede Verwendung in der Zukunft offen. Bezüglich der geraden Baulinie habe er sich von den Architekten überzeugen lassen, dass dies eine wichtige Ansicht sei, wenn man von der HAK in Richtung Reichenfeld hinwegschaue und die Baukörper eine Linie bilden. Außerdem gehe es in erster Linie um eine Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens, die Übertragung dieser Teilfläche und dem Bauabstand auf Null. Es handle sich nicht um eine bauliche Beschlussfassung.

Die Stadtvertretung fasst mehrheitlich (gegen die Stimmen von Die Grünen - Feldkirch Blüht, mit Ausnahme von STV Dr. Diem) folgenden Beschluss:

**c) Die Stadt Feldkirch und der Krankenpflegeverein Feldkirch-Levis-Tisis räumen jeweils für sich und ihre allfälligen Rechtsnachfolger zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des GST-NR 559/4 KG Feldkirch ein unwiderrufliches, uneingeschränktes und unentgeltliches Geh- und Fahrrecht, entsprechend dem Plan Stadt Feldkirch, Katasterplan Maßstab 1:1000 vom 11.4.2006, über GST-NR 564/6 KG Feldkirch ein und stimmen ausdrücklich der Einverleibung dieser Dienstbarkeit in EZ 727 Grundbuch 92105 Feldkirch zu.  
Die Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG nimmt dieses Recht zur Kenntnis und an.**

**Die Stadt Feldkirch überlässt und übergibt eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 16 m<sup>2</sup> aus GST-NR 535/1 KG Feldkirch an die Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG und diese übernimmt diese Teilfläche in ihr Eigentum zur Einbeziehung in das GST-NR 559/4 KG Feldkirch.**

**Die Stadt Feldkirch als Eigentümerin des GST-NR 535/1 erteilt für sich und ihre Rechtsnachfolger im Sinne des § 7 Vorarlberger Baugesetz, LGBl. Nr. 52/2001, die Zustimmung zu einem verringerten Bauabstand bis auf 0,0 m zur Grundgrenze der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG als Eigentümerin des GST-NR 559/4 KG Feldkirch.**

**Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Dienstbarkeit, des Übergabvertrages und Bauabstandsnachsicht trägt die Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KEG zur Gänze allein.**

12. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung der Stadtvertretung vom 14. März 2006

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

17. Allfälliges

STV Rietzler erklärt, bei der Anfragebeantwortung vom 14.2.2006 seien keine Termine bezüglich der Prüfung von Kinderspielplätzen angegeben worden. Ihn interessiere, wann welche Kinderspielplätze von einem Sachverständigen nach den bestehenden Richtlinien überprüft worden seien sowie die Kosten dieser Überprüfungen. Auch interessiere ihn, ob diese Kosten im Budget des ABF enthalten seien.

Gleichfalls bitte er um einen Tätigkeitsbericht über die Situation der Jugendtreffs in den 4 Fraktionen von Feldkirch und den Siedlungstreffs in der Kreuzäckersiedlung und Dr. Isa Großschädlweg. Bei den Siedlungstreffs interessiere ihn die Beschreibung der Ist-Situation, Angaben zur Infrastruktur (PC, Sitzplätze, sanitäre Einrichtungen, Kochmöglichkeiten ...). Er bitte auch um Mitteilung, welche Betreuungstätigkeiten durch die neue Jugendreferatsmitarbeiterin für die jeweiligen Jugendtreffs geleistet worden seien, bzw welche finanziellen Mittel den einzelnen Treffs in den letzten 5 Jahren zur Verfügung gestanden hätten.

Vizebürgermeisterin Burtscher erklärt, dass die gewünschten Tätigkeitsberichte vorbereitet und im Jugendausschuss darüber berichtet werde. Bezüglich der Überprüfung von Kinderspielplätzen bestehe jederzeit die Möglichkeit in die Protokolle beim ABF Einsicht zu nehmen. Über jeden Spielplatz werde genauestens Protokoll geführt. Sie bitte um schriftliche Darlegung der gewünschten Punkte zur Vorbereitung für den Jugendausschuss.

STV Rietzler erwidert, dass die Termine für die Kinderspielplatzprüfung zwar eingesehen werden können, dass es aber möglich sein müsse auf einem Blatt Papier zusammenzustellen, wann welcher Spielplatz durch einen Sachverständigen überprüft worden sei. Vor allem sei dies etwas ganz anderes als nur eine Begehung am Kinderspielplatz.

Vizebürgermeisterin Burtscher betont, man könne alles zusammenschreiben, bitte jedoch in die Protokolle Einsicht zu nehmen.

STV Rietzler bittet um schriftliche Beantwortung bezüglich der Istsituation der Jugendtreffs.

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, nach Vorlage einer schriftlichen Anfrage werde man die Tätigkeitsberichte dem Jugendausschuss vorlegen. Dies sei bereits von der zuständigen Stadträtin zugesagt worden.

Die Schriftführerin

Der Bürgermeister